

«Das Hauptproblem ist die Ungewissheit»

Klimaverhandler Franz Perrez will ein neues Abkommen

INTERVIEW: CHRISTIAN MIHATSCH, Tianjin

In der chinesischen Metropole Tianjin finden diese Woche die letzten Vorverhandlungen vor dem Klimagipfel vom Dezember in Cancún statt. 3000 Teilnehmer aus 177 Ländern beraten derzeit über ein Nachfolgeabkommen für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll.

1997 hatten sich darin 39 Industriestaaten verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen bis Ende 2012 um 5,2 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken. Umweltbotschafter Franz Perrez ist Chef der Schweizer Delegation bei den Klimaverhandlungen.

BaZ: Die internationalen Einschätzungen über den Stand der laufenden Klimaverhandlungen schwanken zwischen Optimismus und Pessimismus. Wie denken Sie?



FRANZ PERREZ:

Es ist tatsächlich nicht immer einfach, optimistisch zu bleiben. Aber ich habe das Gefühl, in den letzten Monaten ist

wieder Bewegung in die Verhandlungen gekommen. An der Klimakonferenz in Kopenhagen vor einem Jahr sollte ein neues Klimaregime verabschiedet werden, doch das war nicht möglich, weil der politi-

sche Widerstand einfach zu gross war. Gemessen an den hohen Erwartungen war das Ergebnis von Kopenhagen ein Misserfolg, und nach einem solchen Misserfolg ist es schwierig, wieder auf die Beine zu kommen.

Genau das aber muss nun rasch geschehen, denn die erste Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls läuft 2012 aus. Besteht die Chance, dass noch rechtzeitig ein Folgeabkommen geschlossen werden kann?

Selbst wenn wir in Cancún eine zweite Verpflichtungsperiode für das Kyoto-Protokoll beschliessen würden, würde diese kaum schon 2013 in Kraft treten. Der Ratifizierungsprozess dauert zu lange. Aber das ist eigentlich nicht so schlimm. Das Hauptproblem liegt nicht in einer allfälligen Lücke zwischen den beiden Verpflichtungsperioden. Das Hauptproblem ist die Ungewissheit, ob überhaupt ambitionierte Emissionsreduktionen beschlossen werden.

Die Entwicklungsländer befürchten, dass die Industriestaaten genau darauf setzen, dass das Kyoto-Protokoll ausläuft.

Das erachte ich als falsch. Die Industrieländer, die das Kyoto-Protokoll ratifiziert haben, sind grundsätzlich zu weiter-

gehenden Verpflichtungen bereit. Sie erwarten aber, dass neu auch die Schwellenländer konkrete Verpflichtungen eingehen. Gemäss Kyoto-Protokoll sind nur die Industrieländer zur Reduktion von Treibhausgasen verpflichtet. Dieser Ansatz macht fast 20 Jahre nach Verabschiedung der Klimakonvention keinen Sinn mehr. Die Industrieländer, die Kyoto ratifiziert haben, stossen heute nur noch etwa ein Viertel der weltweiten Treibhausgasemissionen aus. Um das

«Alleine kann Europa den Klimawandel auch mit grössten Anstrengungen nicht verhindern.»

Klimaproblem in den Griff zu bekommen, müssen auch die grossen Entwicklungsländer zur Reduktion der Emissionen beitragen.

Eines davon, China, wehrt sich gegen internationale Verpflichtungen – dies mit dem Argument, damit verbundene Kontrollen seien ein inakzeptabler Eingriff in die Souveränität des Staates. Ist da ein Kompromiss möglich?



Dicke Luft in China. Noch verweigert sich Peking klaren Reduktionszielen von Treibhausgasen. Foto Key

Ein künftiges System ohne Überprüfungsmechanismus kann ich mir nicht vorstellen. Der Begriff Souveränität wird zu oft strategisch eingesetzt. Souveränität kann in der Zeit der Raumpolitik nicht das Gleiche bedeuten wie in der Zeit der Segelschiffahrt. Souveränität ist ein dynamischer Begriff, allerdings mit einigen Kernelementen. Die Entwicklungsländer fordern eine bessere Überprüfung der Industrieländer. Dem stimmen wir ja auch zu. Wieso aber sollen Kontrollmechanismen bei den Entwicklungsländern einen Eingriff in deren Souveränität sein, nicht aber bei den Industriestaaten? Wir sehen unsere Souveränität überhaupt nicht bedroht, nur weil man schaut, was wir machen. Wir sind ein Mitglied der internationalen

Gemeinschaft, und da gehört es selbstverständlich dazu, dass man zeigt, was man macht. Das heisst ja nicht, dass alle gleich kontrolliert werden sollen. Für ein armes Land in Afrika, das fast keine Emissionen hat, muss kein riesiger Kontrollmechanismus aufgebaut werden. Aber für ein grosses Land, einen wichtigen Emittenten, müssen die Reduktionsziele messbar, verifizierbar und kontrollierbar sein. Sonst kann das Ziel – die Vermeidung des Klimawandels – nicht erreicht werden.

Sie hoffen also, dass die Chinesen nachgeben werden?

Das wird eine der ganz schwierigen Knacknüsse sein. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Ergebnis, in dem nur die Industriestaaten einem strengen Kontrollregime un-

terliegen, von diesen akzeptiert wird.

Die EU und die Schweiz boten an, ihre Emissionen bis 2020 um 20 Prozent zu senken (Basis 1990). Falls andere Länder vergleichbare Massnahmen ergreifen, kann dieses Ziel auf 30 Prozent erhöht werden. Wäre es nicht sinnvoll, das Angebot sofort auf 30 Prozent zu erhöhen, um die Verhandlungen in Gang zu bringen?

Das Klima ist ein globales Problem, das nur durch gemeinsames Handeln gelöst werden kann. Alleine kann Europa den Klimawandel auch mit den grössten Anstrengungen nicht verhindern. Ein alleiniges Vorgehen birgt zudem die politische Gefahr, dass bei Entwicklungsländern die Vorstellung zementiert wird, nur die Industrieländer müssten handeln.

ANZEIGE

Das neue iPhone 4 zum unschlagbaren Preis.

Das iPhone 4 mit 16 GB für nur 1 Franken. Infos überall dort, wo es Sunrise gibt oder auf sunrise.ch

Gute Verfügbarkeit.

1. CHF*
statt CHF 898.–
Sunrise flat relax surf/
24 Monate



Apple iPhone 4

* Bei Neuabschluss mit Sunrise flat relax surf, CHF 125.– Abogebühr/Mt., inkl. mobiles Internet sowie Anrufe zu Sunrise Mobile, ins Schweizer Festnetz und zu anderen Mobilanbietern. Verbindungen im Ausland, Anrufe ins Ausland sowie auf Kurz- und Mehrwertdienstnummern (z.B. 084x, 090x, 18xx) wie auch SMS und MMS werden zusätzlich verrechnet. Änderungen vorbehalten. Solange Vorrat.

Sunrise